

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Mord an John F. Kennedy

Nach dem Tod John F. Kennedys untersuchte das MfS die Reaktionen der DDR-Bevölkerung und fasste diese in einem Bericht für die SED-Führung zusammen.

Die Ermordung des populären US-Präsidenten John F. Kennedy in Dallas im November 1963 löste auch in der DDR starke Reaktionen der Bevölkerung aus. Nur wenige Monate zuvor hatte dieser West-Berlin besucht und in seiner medienwirksamen Rede vor dem Schöneberger Rathaus den legendären Ausspruch "Ich bin ein Berliner" geprägt.

Die Stasi sammelte für eine "Einzelinformation" an das SED-Politbüro verschiedene Meinungen und resümierte: "Von einer großen Anzahl der Bevölkerung der DDR wird der Mord an Kennedy ehrlich bedauert und als faschistische Methode abgelehnt." Besonders durch junge Leuten an Oberschulen und Hochschulen habe Kennedy eine hohe Wertschätzung erfahren. Auch in Kirchenkreisen hätten die Menschen vereinzelt weitergehende Beileidsbezeugungen, wie beispielsweise Schweigeminuten, gefordert und teilweise durchgeführt.

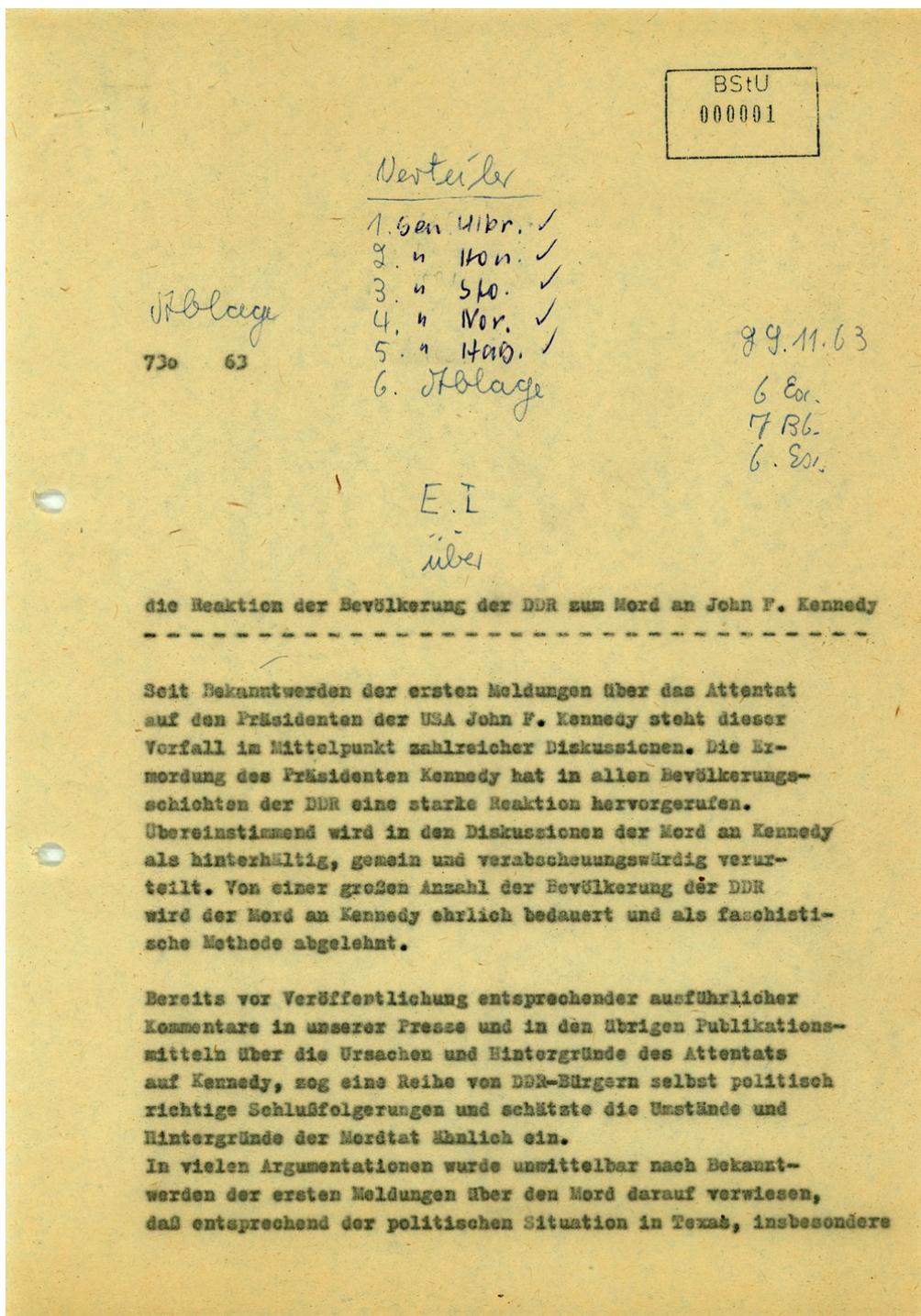
Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 823, BL 1-7

Metadaten

Urheber: MfS
Rechte: BStU

Datum: 29.11.1963

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Mord an John F. Kennedy



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 823, BL 1-7

Blatt 1

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Mord an John F. Kennedy

- 2 -

BStU
000002

in Dallas und im Zusammenhang mit der Rassenfrage in den USA, die Täter in Kreisen der Rassisten und Rechtsextremisten zu suchen seien. Es wurde eingeschätzt, daß der Verfall im weiteren Ermittlungsverfahren gegen die oder den Täter lediglich innenpolitischen Charakter habe und einzig und allein in den USA selbst zu klären sei.

Bereits kurz nach den ersten Meldungen wurde weiter von einer Reihe von DDR-Bürgern eingeschätzt, es bestände die Möglichkeit des Versuches bestimmter Kreise der USA, Kommunisten mit dem Attentat entweder zu belasten oder zumindest in Verbindung zu bringen, um von den skandalösen innenpolitischen Vorgängen in den USA abzulenken und evtl. eine Zuspiitung der außenpolitischen Situation zu erreichen.

Diese Fragen wurden auch in der Folgezeit in starkem Maße diskutiert, wobei die Überzeugung vorherrscht, daß es sich um einen durch eine bestimmte Gruppe aus Kreisen der Rassisten und Rechtsextremisten geplanten und organisierten Mord handele.

Die Behauptung von NATO-Soldern, der oder die Mörder seien in kommunistischen und Kuba-freundlichen Kreisen zu suchen, wird von der Mehrheit der Bevölkerung zurückgewiesen.

In Argumentationen wird herausgestellt, diese Anschuldigungen seien lediglich ein Versuch, dieses Attentat politisch gegen das sozialistische Lager und besonders gegen Kuba auszunutzen.

Im weiteren Verlauf der Argumentation der Bevölkerung, noch verstärkt nach Bekanntwerden des Mordes an dem vorgeblichen Attentäter Oswald, wurden von der Bevölkerung im breiten Umfang die Begriffe "Freier Staat Amerika", "Freie Demokratie in den USA" usgl. erörtert, wobei eingeschätzt wurde, daß es sich bei dieser häufigen "Charakterisierung" der USA-Staaten durch westliche Politiker und verbündete Bürger der DDR lediglich um eine Irreführung handele und in Wirklichkeit von Freiheit und Demokratie in den USA nicht die Rede sein könnte. Wiederholt wurden Vergleiche zu sozialistischen Staaten angestellt und wurde erkannt, daß es z.B. in der DDR zu derartigen innenpolitischen Auseinandersetzungen und in diesem Zusammenhang zu Mord und Totschlag nicht kommen könnte,

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Mord an John F. Kennedy

- 3 -

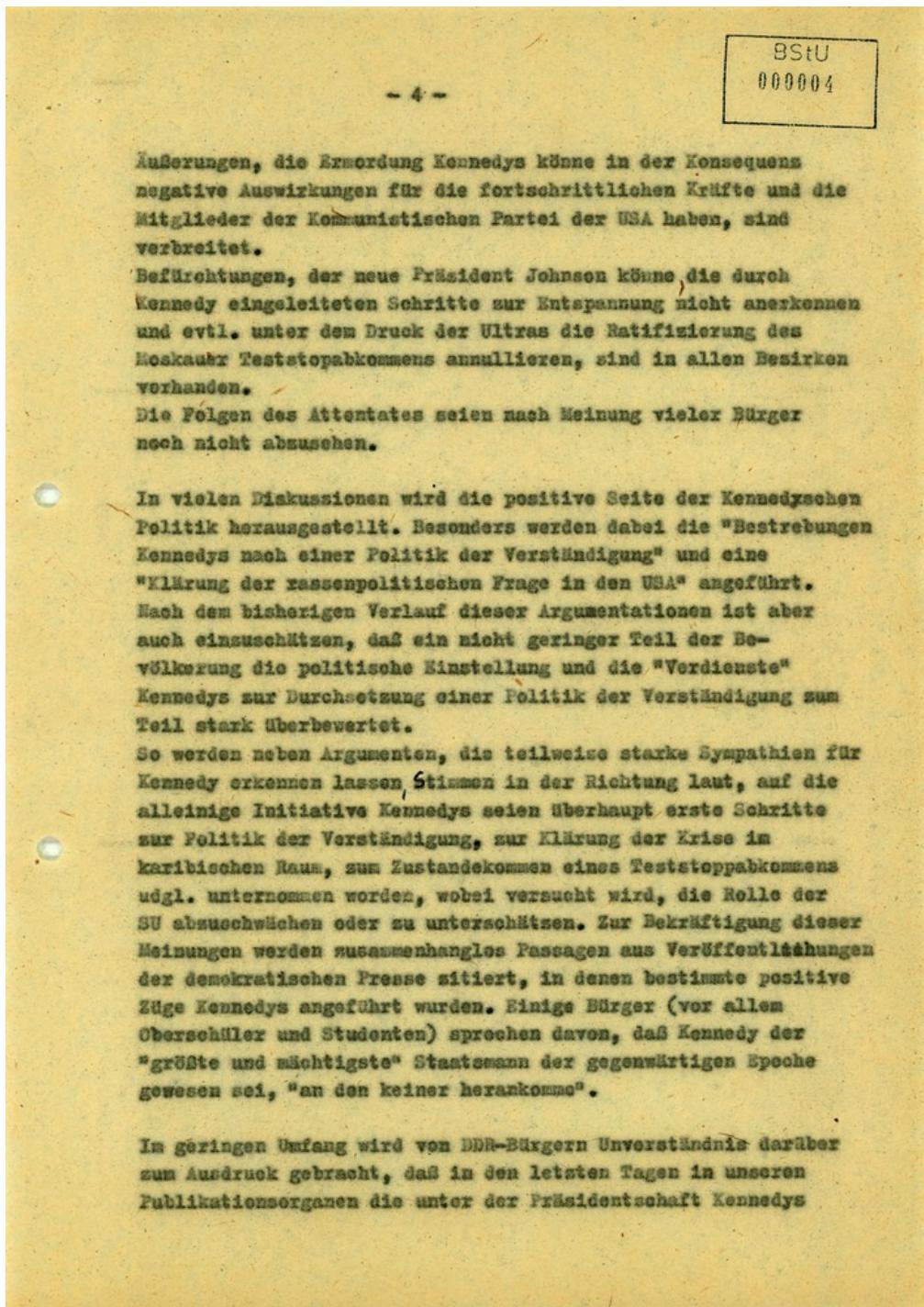
BStU
000003

da die politischen und menschlichen Beziehungen gegen eine derartige Handlungsweise sprechen würden. In allen Bevölkerungsschichten sind dabei Meinungen aufgetreten, wonach dem Teil der DDR-Bürger, der sich durch NATO-Sender u.a. Einflüsse bisher noch ¹⁹⁶³ "Freiheit des Westens" blenden ließ, klargeworden sei, unter welchen terroristischen Methoden sich das politische Leben in den westlichen Staaten abspielt. In einigen Meinungen von Rückkehrern und Erstzusiehenden kam zum Ausdruck, frech darüber zu sein, jetzt in einem demokratischen Staat zu leben, in dem die Grundlagen für derartige Verhälle nicht vorhanden seien.

Nach der Ermordung Kennedys füllte sich ein beträchtlicher Teil von DDR-Bürgern besorgt zur weiteren Entwicklung der politischen Weltlage, insbesondere zur Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und der SU. Dabei wurde die teilweise verständigungsfreundliche Politik Kennedys hervorgehoben. Ferner wird verstärkt darüber diskutiert, ob der neue Präsident Johnson die Außenpolitik Kennedys in dieser Richtung fortsetzen wird. Über die zu erwartende Politik des neuen Präsidenten werden zur Zeit noch die verschiedensten Spekulationen angestellt, die von einer bevorstehenden Verbesserung der Beziehungen zwischen SU und USA über den völligen Abbruch der Verhandlungen bis zur "Verbündung" mit den Rassenfanatikern und den Faschisten der USA reichen.

Ein kleiner Teil der Bevölkerung der DDR bringt Besorgnis zum Ausdruck, daß es evtl. als Folge der Ermordung Kennedys zu einem Krieg kommen könnte, wobei auf die verschiedensten Beispiele aus der Geschichte verwiesen wird. Die Überlegungen dieses Teiles der Bevölkerung gehen dahin, daß evtl. in Kürze eine spürbare Verschlechterung der Beziehungen zwischen Kuba und den USA eintreten werde und auf Betreiben der Ultras Aggressionshandlungen gegen Kuba stattfinden könnten. Ferner wird die Vermutung gefaßt, die militaristische Bonner Regierung könnte den Präsidentenwechsel in den USA zur Erlangung von Atomwaffen für Westdeutschland ausnutzen und aggressive Schritte zur Regelung der Westberlinfrage unternehmen. Aus beiden Versionen wird abgeleitet, daß daraus ein Weltkrieg entstehen könne.

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Mord an John F. Kennedy



Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Mord an John F. Kennedy

BStU
000005

- 5 -

durchgeführten oder veranlaßten positiven politischen Entscheidungen und Handlungen hervorgehoben werden. Die progressiven Aspekte der amerikanischen Außenpolitik seien vor dem nie besonders erwähnt und überwiegend die reaktionäre militaristische Politik erläutert werden.

Vereinzelt wird in diesem Zusammenhang unter Verkenntung der politischen Lage unterstellt, der Bevölkerung seien bisher nicht die wahrheitsgemäßen Informationen über die USA-Politik übermittelt worden mit dem Ziel, die DDR-Bürger gegen die imperialistischen Staaten aufzubringen und für die Politik der SU einzunehmen.

Nach Verbreitung der ersten Meldungen über den Mord an Kennedy orientierte sich ein Teil der Bevölkerung auf westliche Rundfunk- und Fernsehsendungen und verbreitete den Inhalt dieser Sendungen auch unter anderen Bürgern. Mehrfach wurde offen von DDR-Bürgern erklärt, westliche Sender gehört zu haben, um schneller Informationen über Einzelheiten des Attentats zu erhalten.

Durch das Abhören der NATO-Sender tauchten bereits kurz nach den ersten Meldungen über den Mord unter der DDR-Bevölkerung die Versionen der westlichen Sender auf, wonach es sich bei dem vermeintlichen Mörder Lee Oswald um einen "Kommunisten" handele, der längere Zeit in der SU gelebt, eine Russin zur Frau habe und einer Kuba-freundlichen Organisation angehöre. Während der größte Teil der an diesen Diskussionen beteiligten DDR-Bürger diese Version von vornherein ablehnte und als politische Verleumdung einschätzte, beharrte jedoch ein kleiner Teil von DDR-Bürgern (in der Hauptsache solche Personen, die auch schon früher mit politisch negativen Meinungsäußerungen in Erscheinung traten) auf dieser Meinung und brachte seine Überzeugung von der Richtigkeit dieser Meldungen zum Ausdruck.

Unter dem Einfluß der durch NATO-Sender verbreiteten Verleumdungen und durch persönliche Kombinationen werden weiterhin in geringem Umfang solche Ansichten verbreitet:

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Mord an John F. Kennedy

BStU
000006

- 6 -

- Der Mord sei von Kommunisten organisiert und durchgeführt worden, kein anderer könnte daran ein Interesse haben;
- die Organisation des Attentates sei vom Boden der SU aus erfolgt; selbst die demokratischen Publikationsorgane hätten zugeben müssen, daß Oswald längere Zeit in der SU gelebt habe; Oswald habe in der SU das Schießen erlernt; (verschiedentlich werden Spekulationen über die Dauer des Aufenthaltes Oswalds in der SU angestellt);
- bei dem Mörder handele es sich um einen russischen Emigranten;
- der Mörder sei eng mit Fidel Castro liiert und sei ein von Kubanern gedungenes Werkzeug.

Die Aussage und der Inhalt der DDR-Publikation zum Mord an Kennedy wurde von der Bevölkerung überwiegend als richtig befunden. Die konkrete Berichterstattung über die Verfolge in Dallas und das Herausarbeiten der positiven Seiten der Kennedy'schen Politik seien zu begrüßen.

Anerkennend hielten sich große Teile der Bevölkerung über das Beileidsschreiben des Genossen Walter Ulbricht.

Vereinzelt wurde jedoch erwähnt, in der SU würde die Person Kennedy stärker gewürdigt, die DDR sei in den Beileidsberezeugungen zu zurückhaltend.

Von einigen DDR-Bürgern (überwiegend von Oberschülern und kirchlich gebundenen Personen) wurden im Zusammenhang mit diesen Meinungsausserungen Ansichten verbreitet, wonach es "unmöglich" sei, nach der Meldung im den DDR-Sendern über das Attentat auf Kennedy weiterhin Tanzmusik zu senden. (Besonders im Bezirk Potsdam).

Vereinzelt wurden von diesen Personenkreisen auch die Durchführung von Schweigeminuten oder die Beflaggung auf Hahnpost gefordert und zum Teil auch auf eigene Initiative durchgeführt.

Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Mord an John F. Kennedy

- 7 -

BStU
000007

An der 13. Oberschule Berlin-Heinersdorf weigerten sich die Schüler der 8. Klasse, das übliche Morgenlied zu singen mit der Begründung, ihnen sei nach dem Attentat auf Kennedy nicht zum Singen zu Hause.

In der 8. Klasse der gleichen Schule verweigerten die Schüler den Russisch-Unterricht, blieben die ganze Stunde über stehen und reichten Zettel von Reihe zu Reihe mit der Aufschrift "Wir gedenken dem Präsidenten der Vereinigten Staaten". Von einem Schüler der 9. Klasse wurde ferner die Schulfahne auf Halmast gesetzt.

In Berlin-Pankow wurde auch an der 10. Oberschule von Schülern die Schulfahne vor dem Unterricht auf Halmast gehisst.

An der 15. Oberschule führten die Schüler der Klasse 8 eine Gedenkminute zu Beginn des Unterrichts durch.

Meldungen über die Durchführung von Gedenkminuten und über das Hissen der Fahne auf Halmast aus gleichem Anlaß wurden auch vereinzelt aus anderen Bezirken bekannt. (z.B. Bezirkskrankenhaus St. George/Leipzig, Oberschule Neukirchen/Karl-Marx-Stadt, Lessing-Schule/Aue).

In der Bahnhofsvorhalle in Berlin-Eppenick wurden von Jugendlichen brennende Kerzen um ein schwarzumrahmtes und mit Trauerflor versehenes Bildnis Präsident Kennedys aufgestellt.

In einigen Fällen wurde weiter festgestellt, daß DDR-Bürger in der Nacht nach den ersten Meldungen vom Mord an Kennedy brennende Kerzen in ihren Wohnungsfenstern aufgestellt hatten. (In Berlin in 48 Fällen).